

Februar 2022

Länderbericht

Auslandsbüro Polen, Warschau



Scheitert die PiS an ihren eigenen Fehlern?

Innenpolitische Themen mit Sprengkraft könnten eine politische Trendumkehr einläuten

David Gregosz, Daniel J. Lemmen

Das von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) angeführte Regierungslager liegt in Umfragen weiterhin deutlich vor der oppositionellen Bürgerkoalition, der auch die liberal-konservative Bürgerplattform (PO) angehört. Während sich die PO nach der Rückkehr von Donald Tusk ([siehe Länderbericht hierzu](#)) in den Umfragen derzeit stabilisiert hat (24-25 %), fiel der Wert der PiS in den letzten Monaten leicht aber kontinuierlich von 35 Prozent im Oktober 2021 auf knapp über 30 Prozent im Februar dieses Jahres. Eine Reihe von innenpolitischen Themen könnte der PiS nun zum Verhängnis werden. Sie sollen in diesem Länderbericht besprochen werden. Die Probleme kommen für das Regierungslager zur Unzeit, denn spätestens am Ende des Jahres 2022 werden die kommenden Parlamentswahlen und damit die Bilanz der PiS in den Fokus geraten.

Planlose Corona-Politik

Das neue Jahr begann für die PiS alles andere als optimal. Zum Fundament einer Vielzahl bestehender und neu hinzukommender Probleme ist vor allem die anhaltende Corona-Pandemie geworden. Anfang des Jahres erreichte die SARS-Cov-2-Variante Omikron auch Polen und stellt damit bereits die fünfte Welle des Corona-Virus dar, die sich derzeit in der polnischen Bevölkerung ausbreitet. Wie auch in den vorausgegangenen Wellen scheint fraglich, ob das polnische Gesundheitssystem hierauf vorbereitet ist. Viele Gesundheitsexperten bemängeln, dass die polnische Regierung in ihrem Vorgehen weiterhin die gleichen Fehler wie zu Beginn der Pandemie begehe. So würden die Gefahren der Infektionswellen konstant heruntergespielt. Aus der Polnischen Akademie der Wissenschaften heißt es, dass die Maßnahmen der Regierung „nicht der schwierigen Lage angemessen“ seien. Präventivmaßnahmen blieben aus oder würden nur verzögert initiiert. Konkrete Pläne für eine allgemeine Impfpflicht gibt es derzeit nicht und stoßen bei Teilen der Regierung auf erheblichen Widerstand. Auch über eine Pflichtimpfung für Lehrer und andere Beamte herrscht innerhalb der Regierung Uneinigkeit.

Zu einem Schritt nach vorne sollte für die PiS eigentlich die s.g. Lex Kaczyński werden, die verschiedene Maßnahmen zum Umgang mit der Pandemie am Arbeitsplatz beinhaltet. Unter anderen sollten Arbeitnehmer die Möglichkeit auf eine Entschädigung erhalten, wenn sich diese nachweislich am Arbeitsplatz mit dem Coronavirus infiziert hätten. Dem Arbeitgeber sollte im Gegenzug das Recht zugesprochen werden, den Impfstatus seiner Mitarbeiter überprüfen zu können. Anfang Februar nun scheiterte das Gesetzesvorhaben, weil die Regierungskoalition nicht die nötige Mehrheit gewinnen konnte. Das Scheitern dieser Initiative, die deutlich die Unterstützung des PiS-Parteichefs selbst trug, ist bezeichnend und stellt die

in den polnischen Medien berechtigt aufkommende Frage, ob Kaczyński mittlerweile die Macht entgleitet.

Anders als in Deutschland, wo das Thema auch die Arbeit der Bundesregierung dominiert, schien die polnische Regierung aus politischem Kalkül heraus der Bekämpfung der Corona-Krise in den letzten Monaten öffentlich weniger Beachtung einzuräumen. Zu erklären ist dies unter anderem damit, dass zumindest Teile der Wählerschaft der PiS einer Verschärfung der Corona-Maßnahmen ablehnend gegenüberstehen. Auf diese Spaltung des eigenen Elektorats reagiert die PiS aus strategischen Gründen zurückhaltend. Bei jeder durchgeführten oder aber unterlassenen Maßnahme droht der PiS, dass sie einen Teil der eigenen Wähler gegen sich aufbringt.

Entsprechend schleppend verläuft deswegen auch die Impfkampagne, wodurch die Impfquote in Polen weiterhin deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt. Derzeit (Anfang Februar 2022) sind knapp unter 57 Prozent der Polen vollständig geimpft (EU/EWR-Durchschnitt 74 %, Deutschland 74 %). Auch gelten nur 27 Prozent als geboostert (EU/EWR 44 %, Deutschland 51 %). Hinzu kommt, dass in Polen nur weniger als jeder zweite (47 %) der über 60-jährigen vollständig geimpft ist. Die schlechten Werte sind auch mit einem allgemeinen, fast schon traditionellen Misstrauen der Polen gegenüber dem Staat und der Regierung zu erklären, das durch das chaotische Handeln der PiS sicherlich nicht kleiner wird.

Steigende Inflation

Aus der anhaltenden Pandemie ergeben sich eine Reihe weiterer Probleme (erhöhte Transportkosten, fragile Lieferketten etc.), da die polnische Volkswirtschaft stark mit der Welt verflochten ist. Dazu zählt unter anderem die galoppierende Inflation, die durch die Zentralbank des Landes ohne ökonomische Kollateralschäden kaum in den Griff zu bekommen ist. Angesichts der Inflationsraten müssten die Zinsen grundsätzlich deutlich steigen. Reagiert wurde bislang allerdings nur mit moderaten Zinssteigerungen – wohl mit Blick auf die Konjunktur. Überdies bestehen langjährige, persönliche Verbindungen zwischen dem Chef der Zentralbank Adam Glapiński und Parteichef Kaczyński. Freilich ist das Phänomen der Inflation am Ende der Dekade ultralockerer Geldpolitik weltweit festzustellen und auch im Euro-Raum lag sie Ende 2021 bei knapp 5 Prozent. Doch der deutlich kleinere Währungsraum Polen lag zum Jahresende deutlich über dieser Marke (bei 8,6 Prozent). Vereinzelt sind die Preissteigerungen noch höher. So stiegen die Preise für Erdgas im Dezember 2021 gegenüber dem Vorjahresmonat um 52,3 Prozent und für Benzin um 30 Prozent. Auch die Preise für Lebensmittel legten im gleichen Zeitraum zu: für Geflügel um 30 Prozent, für Rindfleisch um 19 Prozent und für Zucker um 22 Prozent. Vereinzelt bekamen vor allem Unternehmer und Wohnungsgenossenschaften Gasrechnungen mit bis zu 600-prozentigen Preissteigerungen. Polen erlebt damit derzeit die höchste Inflation seit 20 Jahren.

Momentan gehen Prognosen davon aus, dass die Inflation im ersten Quartal 10 Prozent erreichen wird. Für das gesamte Jahr 2022 soll sie durchschnittlich bei etwa 8 Prozent liegen. Die wichtigsten inflationstreibenden Faktoren werden die im Januar erfolgten Erhöhungen der regulierten Gas- und Strompreise sein. Die hohen Inflationswerte bestehen trotz bereits von der Regierung vorgenommener Gegenmaßnahmen. Anfang des Jahres trat ein „Anti-Inflationsschirm“ in Kraft der unter anderem die Mehrwertsteuer auf einige Lebensmittel (Backwaren, Getreideerzeugnisse, Milchprodukte, Streichfete, Fleisch, bestimmte Erfrischungsgetränke, Obst, Gemüse) von 5 auf 0 Prozent senkte. Gleichzeitig gehen Experten davon aus, dass der Preisanstieg bei Lebensmitteln sich dennoch auf 7,3 % im ersten Quar-

tal erhöhen wird, was neben den steigenden Energiepreisen auch auf den Anstieg der Dün- gemittelpreise zurückzuführen ist. Ab dem 1. Februar fiel der Mehrwertsteuersatz auf Ben- zin von 23 auf 8 Prozent und bei Gas von 8 auf 0 Prozent. Diese Steuersenkungen müssen durch die EU-Kommission genehmigt werden. Brüssel könnte sich dem jedoch entgegenstel- len. Die Regierung will gleichzeitig die Gaspreise bis Ende 2023 für Wohngesellschaften und - genossenschaften sowie Bildungs- und Sozialeinrichtungen einfrieren. Diese Senkungen der Mehrwertsteuer führt zu einem Rückgang der Staatseinnahmen um 11,6 Mrd. PLN, das Ein- frieren der Gaspreise zu einem Rückgang von weiteren 10 Mrd. PLN. Die Einführung des „ Anti-Inflationsschirms“ mildert die Inflation damit nur geringfügig. Dennoch rechnen Exper- ten mit einer Verlängerung des Inflationsschutzes bis mindestens Dezember, wobei Verbrau- cherkosten und kommunale Dienstleistungen immer teurer würden.

Der „Anti-Inflationsschirm“ gestaltet sich für das Regierungslager finanziell und politisch sehr kostspielig und hat gleichzeitig – laut Meinung von Experten – wenig Aussicht auf Erfolg. Langfristig könnte auch dies die politische Zukunft des Regierungslagers stark gefährden. Gerade die oftmals einkommensschwächere Wählerschaft der Regierungspartei PiS wird Preissteigerungen am ehesten treffen.

Misslungene Steuerreform endet im Chaos

Eigentlich hatte die PiS mit dem Nowy Ład („Neue Ordnung“) ein Programm ausgearbeitet ([siehe Länderbericht hierzu](#)), um der polnischen Wirtschaft nach der Pandemie neuen Schwung zu verleihen. Im Zusammenhang mit diesem Programm trat am 1. Januar eine neue Steuerreform in Kraft. Anstatt durch Entlastungen einen konjunkturellen Impuls auszu- lösen, zeichnet sich derzeit aber ein immenses Chaos ab. Die Reform sah vor, dass unter anderem der Steuerfreibetrag auf 30.000 PLN und die zweite Steuergrenze auf 120.000 PLN angehoben wird. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit, Krankenversicherungsprämien von der Steuer abzusetzen, abgeschafft. Diese Änderungen erscheinen aber in der Realität für die Unternehmen ungünstig. Gleichzeitig hatte sich auch herausgestellt, dass die Reformen ver- waltungstechnische Fehler enthalten, die zu einem Durcheinander geführt haben. Erstmals deutlich wurde dieses Chaos, als Anfang Januar unter anderem Lehrern, Polizisten und an- deren Angestellten im Öffentlichen Dienst unvermittelt ein geringeres Gehalt ausgezahlt wurde. In der polnischen Mittelklasse macht sich dieser „New Deal“ ebenfalls in höheren Ab- gaben an den Staat bemerkbar. Während die Regierung die Tatsache niedrigerer Netto- löhne, ausgelöst durch die steuerlichen Veränderungen, abstritt und später den Fehler bei anderen suchte, war Premierminister Morawiecki nach wenigen Tagen genötigt, sich für die Fehler der Regierung zu entschuldigen. Zur Beruhigung bot er seinen Landsleuten die Mög- lichkeit an, nach dem alten Steuersystem abzurechnen. De facto würden damit zwei Steuer- systeme parallel zueinander in Polen existieren. Aktuell ist es selbst für Steuerfachleute, Buchhalter und Finanzberater nicht möglich vorherzusagen, wer wie viele Steuern zahlen werden muss.

Eigentlich war der polnische „New Deal“ als politische Erzählung angelegt, die der Regierung spätestens im Jahre 2023 bei der nächsten Parlamentswahl den dritten Wahlsieg in Folge si- chern sollte. Viele der Versprechen des New Deals müssen noch umgesetzt werden, aber be- reits die Steueränderungen selbst haben für politischen Aufruhr gesorgt. Zwar konnte dieses Chaos von der Opposition bisher nicht genutzt werden, jedoch hat der nationale Wiederauf- bauplan mittlerweile aber das Potenzial, die Regierung ernsthaft zu gefährden.

Ebenfalls schlecht steht es um die europäischen Wiederaufbaumittel. Noch im Sommer hatte die polnische Regierung mit einer Vielzahl von Großplakaten im ganzen Land dafür geworben, dass sie 770 Milliarden PLN für Polen in Brüssel heraushandeln konnte. Aufgrund der von der Europäischen Kommission geführten Rechtsstaatsverfahren wird Brüssel die Gelder vorerst jedoch nicht freigeben. Hinzukommen Strafzahlungen für die Rechtsstaatsreform (täglich 1 Mio. Euro) sowie den Streit um den Tagebau in Turów (täglich 500.000 Euro). Die Zahlungsaufforderungen der EU liegen bereits bei mehr als 69 Mio. Euro. Brüssel sitzt hierbei am längeren Hebel, da die Gelder schlichtweg von den Polen zustehenden EU-Geldern abgezogen werden können. Sowohl das Fehlen der europäischen Wiederaufbaumittel als auch ein durch Strafzahlungen sinkender Anteil an Geldern aus dem EU-Haushalt an Polen würden sich in einigen Monaten deutlich in den landesweiten Infrastrukturprojekten bemerkbar machen. Die Verhandlungen zwischen Brüssel und Warschau in dieser Frage sind unterdessen mehr als festgefahren. Hoffnungen bieten derzeit allein Berichte, dass Präsident Duda an einem Gesetzesentwurf über den Obersten Gerichtshof arbeite. Seine Verabschiedung soll dazu beitragen, EU-Finanzmittel für Polen möglicherweise doch freizusetzen.

Abhörskandal steht noch am Anfang

Die Folgen der Corona-Pandemie und der Streit mit Brüssel könnten somit aus ökonomischer Sicht in den nächsten Monaten der PiS politisch extrem schaden. Das größte Potential für einen politischen Skandal hat jedoch derzeit eine Abhöraffaire. Am 20. Dezember enthüllte die Agentur Associated Press unter Berufung auf die Recherchen des kanadischen Citizen Lab, dass die Mobiltelefone des Rechtsanwalts Roman Giertych (und hierdurch auch PO-Chef Donald Tusk) und der Staatsanwältin Ewa Wrzosek mittels des Pegasus-Systems ausgespäht wurden. Wenige Tage später stellte sich heraus, dass auch der der Bürgerplattform zugehörige Senator Krzysztof Brejza betroffen war, der zum Zeitpunkt der staatlichen Abhöraktion als Wahlkampfleiter der oppositionellen Bürgerkoalition für den Parlamentswahlkampf 2019 tätig war. Im Falle Brejza blieb es jedoch nicht allein bei einer reinen Belauschung. So wurden manipulierte Chats durch das staatliche Fernsehen TVP verbreitet. Nahezu täglich kommt es derzeit zu neuen Enthüllungen in dieser Affäre. Die neuesten Enthüllungen zeigen, dass nicht nur hochrangige Politiker überwacht wurden, sondern das Ausmaß wesentlich größer sein könnte. Betroffen sind vereinzelt auch Verbandsvertreter und Politiker des Regierungslagers.

Die von der polnischen Regierung verwendete und vom israelischen Unternehmen entwickelte Spyware Pegasus wurde 2017 von der polnischen Regierung für die Zentrale Antikorruptionsbehörde (CBA) erworben. Beim CBA handelt es sich um eine Sonderbehörde, die ihre Mitarbeiter nicht selten aus dem Inlandsgeheimdienst rekrutiert. Skandalträchtig ist vor allem die Anschaffung der Pegasus-Lizenz für das CBA, die wahrscheinlich illegal und verdeckt erfolgte.

Unterdessen spielen PiS-Politiker und das staatliche Fernsehen TVP Berichte über die Überwachung der Opposition herunter. „Eine Affäre gibt es nicht“, heißt es von Vertretern des Regierungslagers. Auf dieser Grundlage lehnt die PiS auch die Bildung eines Untersuchungsausschusses im Sejm ab, wobei jedoch noch unklar ist, ob die instabile Mehrheit und die Überwachung von Politikern des eigenen Lagers nicht vielleicht zur Folge haben könnte, dass es schließlich doch zur Bildung eines solchen Ausschusses kommen könnte. Im Oberhaus des Parlaments, dem Senat, wurde unterdessen bereits ein solcher Untersuchungsausschuss gebildet. Jedoch verfügte ein Senatsausschuss über einen nur eingeschränkten Zugang zu Informationen und weiteraus weniger rechtliche Möglichkeiten.

Es ist anzunehmen, dass diese Affäre der PiS langfristig schaden wird. Auch ist davon auszugehen, dass das wirkliche Ausmaß des Skandals noch nicht vollständig ersichtlich ist. Bereits jetzt bezeichnen drei Viertel der Polen eine Überwachung der Opposition durch Organe des polnischen Staates als inakzeptabel und empörend (Ipsos für Öko.press). Obschon eine knappe Mehrheit der PiS-Wähler die Überwachung der Opposition begrüßt (41 Prozent), ist dieser Skandal für einen Teil der Wählerschaft der PiS (39 Prozent) allerdings schwer zu akzeptieren. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie wachsam die polnische Bürgergesellschaft hier wirklich ist und die tatsächlichen Gefahren für das demokratische System Polens erkennt. Am Ende könnte es darauf hinauslaufen, dass die Mehrheit der Polen die Praxis zwar ablehnt, die Thematik aber nicht wahlentscheidend sein wird – eine Hoffnung, die auch die PiS in ihrer Strategie des Herunterspielens der Affäre an den Tag legt.

Ideologisierte Bildungsreform

Womöglich stößt auch eine von der PiS seit Monaten forcierte Schulreform auf größeren Widerstand der Zivilgesellschaft, denn im Bildungssystem ist mittlerweile ein Konflikt mit überraschenden Frontverläufen entbrannt. Die Reform, nach dem Bildungsminister als „Lex Czarnek“ bezeichnet, erlaubt es der Regierung zukünftig allein zu entscheiden, welchen Nichtregierungsorganisationen ein Zutritt zu Bildungseinrichtungen gewährt wird. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Vorgehen der Regierung politisch nicht nahestehenden Gruppen den Zugang erschwert oder sogar vollends unmöglich macht. Auch wird es der Zentralregierung in Warschau über die ihr unterstellten Schulbehörden ebenfalls möglich sein, Schuldirektoren abzuberufen, wenn diese „den Empfehlungen der pädagogischen Aufsicht nicht Folge geleistet“ haben. Ebenfalls soll es zukünftig zu einer Gefängnisstrafe für Schulleiter kommen, die „ihre Befugnisse überschreiten und zum Nachteil der Kinder handeln“. Insgesamt schränkt sie die Autonomie der Schulen massiv ein. Der politisch-ideologische Charakter der Reform offenbart sich insbesondere in den Aussagen des Bildungsministers, der in der Reform vor allem einen Beitrag des Staates „zur Verteidigung der Kinder vor einer Entmoralisierung“ sieht. Im Vordergrund der Reform steht die Prämisse die Jugend Polens vor einem national-katholischen Menschenbild gegenüber dem Staat zu treuen Bürgern zu erziehen. Wenn auch nur indirekt mit der Lex Czarnek verbunden, zeigt sich dieses Bild ebenfalls in der Kürzung des muttersprachlichen Unterrichts für die deutsche Minderheit in Polen, dessen Budget auf Beschluss des Sejms um ein Fünftel verringert wurde und die Situation deutschstämmiger Staatsbürger Polens erheblich verschlechtert. In den Augen des Bildungsministers muss Polen polnisch sowie katholisch bleiben.

Die Reform stößt hierbei auf großen Widerstand. Die Opposition sieht in ihr den Versuch einer Ideologisierung der Schüler. Aber auch die Lehrgewerkschaft stellt sich deutlich gegen das Vorhaben. Auch unter Teilen der Eltern und der Schüler kommt es zu Widerstand, der sich teils in Demonstrationen manifestiert.

Zu einem politischen Faktor in diesem Streit wurde unterdessen die Gattin des Staatspräsidenten, Agata Kornhauser-Duda. Ende Januar hatte sie, die in der Vergangenheit politisch quasi unsichtbar war, sich auf ein vielbeachtetes Gespräch mit Gegnern der Bildungsreform eingelassen. Kornhauser-Duda, selbst Lehrerin, teilt scheinbar viele der Kritiken der Gegner. Dahinter steckt höchstwahrscheinlich auch politisches Kalkül. So ist ihr Ehemann in den letzten Monaten wiederholt auf leichte Distanz zum Regierungslager gegangen. Der oftmals als „Kugelschreiber der Regierung“ verunglimpft Staatspräsident, der schlicht jedes Gesetz unterzeichnen würde, dass man ihm vorlege, versucht sich als eigenständiger politischer Akteur zu profilieren. Bezeichnend hierfür war unter anderem sein Veto für das umstrittene Mediengesetz am 27. Dezember 2021. Unterdessen sind die Kontakte zwischen Duda und

Parteichef Kaczyński als eisig zu bezeichnen. Beide sprechen - nach Insider-Berichten - seit über anderthalb Jahren nicht mehr miteinander. Sieht man von offiziellen Veranstaltungen ab, fand das letzte Gespräch zwischen dem Staatspräsidenten und dem PiS-Vorsitzenden Anfang 2020 statt und endete mit Verstimmungen zwischen beiden. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Beziehungen 2022 verbessern werden. Auch versteht sich der Präsident weder besonders gut mit Premier Morawiecki noch mit Justizminister Ziobro. Einige Experten vermuten sogar, dass das Umfeld des Präsidenten eine Schwächung der PiS betreibe, in der Hoffnung, dass Duda nach dem möglichen Machtverlust von Kaczyński – auch in Konkurrenz zu Morawiecki und Ziobro – zum wichtigsten Politiker im rechten Lager aufsteigen könnte. Duda versucht sich damit als unabhängiger Präsident zu profilieren, der zwar konservative Positionen vertritt und dem die PiS weiterhin als bessere Regierung erscheint, der aber im Bedarfsfall sich auch gegen die eigene Partei stellt. Eine solche Entwicklung der Präsidentschaft Dudas würde dem Regierungslager jedoch schaden und seinen Zusammenhalt sowie seine Effizienz weiter schwächen.

Götterdämmerung?

Noch vor Monaten deutete vieles daraufhin, dass der PiS womöglich bei der nächsten Parlamentswahl der dritte Sieg in Folge gelingen könnte. So hatte die Partei zusammen mit ihren Partnern nach dem Ergebnis von 38 Prozent im Jahre 2015, bei der folgenden Parlamentswahl im Jahre 2019 sogar ein Ergebnis von 44 Prozent einfahren können. Jedoch erreichte die PiS in Umfragen einen solchen Wert zuletzt im März 2020. Einen großen Einbruch brachten im September des gleichen Jahres der Frauenstreik gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechtes in Polen. In seiner Folge fiel der Umfragewert des Regierungslagers um etwa 10 Prozent und verharrte seit November 2020 auf einem Niveau zwischen 35 bis 31 Prozent. Mittlerweile hat sich die PiS der 30-Prozentmarke deutlich angenähert und diese bereits in ersten Umfragen nach unten durchbrochen (CBOS 29 %, Kantar Public 27 %).

Die hier aufgeführten Problemfelder könnten den Negativtrend für die PiS verstärken. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden in den nächsten Monaten nicht nur Thema in den politischen Salons Warschaus sein, sondern für jeden Polen in seiner Geldbörse spürbar werden. Der von der PiS ausgeworfene Rettungsanker eines „New Deal“ scheint derzeit keinen festen Grund zu finden. Die punktuelle Beschattung der Opposition, aber auch der eigenen politischen Verbündeten wird mit Sicherheit über das Jahr 2022 hinaus die Schlagzeilen beherrschen.

Am Ende könnte der Machtverlust für die PiS stehen, der – wenn es nicht zu vorgezogenen Neuwahlen kommt – bei den nächsten Wahlen im Herbst 2023 zumindest droht. Vor einigen Monaten hieß es in der politischen Berichterstattung noch, dass eine potenzielle Wahlniederlage der PiS nur durch die PiS selbst herbeigeführt werden kann. Danach sieht es nun am Anfang des Jahres 2022 aus. Die Opposition schafft es weiterhin kaum, politisches Kapital aus den Schwächen der Regierung zu schlagen. Und während in der Vergangenheit die Schwächen und Fehler der fragmentierten Opposition bisher der große Trumpf der PiS waren, könnten die Defizite der PiS-Regierung diese nun schließlich doch zu Fall bringen, einer heterogenen Opposition zurück an die Macht verhelfen und dem systematischen Abbau demokratischer Elemente in einem Kernland Europas ein Ende bereiten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

David Gregosz

Leiter des Auslandsbüros in Polen
Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de

david.gregosz@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)